



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-33
Fernschreiber 0886890

P/XII/1:1 - 5. Juli 1957

Hinweise auf den Inhalt:

Madrid - das Mekka der Neueuropäer	S. 1
Vom Kongress der Internationale (IV und Schluss)	S. 3
Gewissen und gescheitertes Atomgesetz	S. 5
Die Stellung Ullrichs	S. 7

Welt von gestern

W.P. Im Escorial bei Madrid, der einstigen Residenz der spanischen Habsburgerkönige, kamen kürzlich wieder einmal die "konservativen Intellektuellen" zusammen, die dem "Europäischen Dokumentationszentrum" angehören, diesmal um über die "Krise des atlantischen Bündnisses" zu diskutieren. Wie schon bei früheren Tagungen dieses Kreises, war auch in diesem Jahr die deutsche "Delegation" - angeführt von dem christlich-sozialen Vizepräsidenten des Bundestages, Dr. Richard Jäger und seinem Parteifreund, dem früheren bayerischen Wirtschaftsminister, Dr. Hans Seidel - wieder am zahlreichsten vertreten. Wer sie "delegiert" hat, wird wohl immerwährendes Geheimnis bleiben. Aus der aussergewöhnlich starken Beteiligung deutscher Kreise am "Europäischen Dokumentationszentrum" darf man aber wohl schliessen, dass das Interesse an einer Festigung der Beziehungen zu den europäischen christlich-konservativen Kreisen und gleichzeitig auch an einer Intensivierung der Beziehungen zu Franco-Spanien hier mit am stärksten ist. Jedenfalls sassen die Vertreter der gegenwärtigen "christlich-abendländischen" Regierungsschicht der deutschen Bundesrepublik einträchtig zusammen mit französischen Gaullisten, österreichischen Monarchisten und spanischen Faschisten, um ihr "abendländisches Ordnungsbild" - das keineswegs mit Gesamteuropa identisch ist - im Lichte der rauen Wirklichkeit zu sehen.

Die Pflege freundschaftlicher Kontakte mit den rückschrittlichen Elementen Europas, die sich hier unter Führung Otto von Habsburgs, -2-

zugleich Präsident des "Europäischen Dokumentationszentrums" auf Lebenszeit, zusammengefunden haben, erscheint symptomatisch für den geistigen und politischen Kurs der Bundesregierung unter Adenauers Führung. Treten die Kongresse im Escorial offen für die Bildung einer Donau-Föderation ein, in der die ehemaligen Thronländer Österreichs - unter Habsburgs Führung? - zusammengefasst werden sollen, so deutet sich darin ein ebenso antiquiertes Staatsdenken an, wie in dem Wirken der "Abendländischen Akademie" in Eichstätt als ^{der} deutschen Verbindungstelle, deren Kuratorium Bundesminister wie Brentano, Oberländer, Merkatz und Wuermeling angehören. Sie soll der Erneuerung Europas im "abendländisch-christlichen Geist" dienen. Was darunter offenbar zu verstehen ist, hat man dem Schrifttum der "Abendländischen Aktion" im einzelnen entnehmen können. Erinnerung sei an die Programmschrift, welche Demokratie als Volkessouveränität und Parteienstaat ebenso ablehnt, wie allgemeine und gleiche Wahlen als Grundlagen des Staates. Dagegen träumte man von dem Segen einer übernationalen Staatsspitze nach dem Vorbild des kaiserlichen Gottesgnadentums des Mittelalters. Dass der Verfasser des "Manifests" gleichzeitig einer der Mitbegründer jener "Christlich-Sozialen Union" ist, deren führender Repräsentant Dr. Richard Jäger, wie eine grosse Zeitung berichtet, in Madrid "kein Unbekannter" mehr ist, setzt diesen gefährlichen Träumereien die rechten Lichter auf.

Es passt in diesen Rahmen, wenn die Christlichen Demokraten auf ihrem letzten Parteitag in Hamburg die konservativen Parteien Europas begrüßen konnten und dass Dr. Gerstenmaier, der in Madrid ebenfalls kein Unbekannter ist, die sozialen Leistungen in Deutschland als ausreichend bezeichnete. Die hieraus sprechende/antisoziale Tendenz dürfte eben den Lieblingen mit den verstaubten Requisiten einer überlebten Epoche entsprechen, die in Spanien in der Form des Faschismus und etwa in Formosa in dem bankerotten Tschian-kai-Schek-Regime in die Gegenwart reicht. Auch zu Formosa hat ein christlich-demokratischer Abgeordneter erst in der letzten Zeit noch Freundschaftsbände zu knüpfen für gut befunden, ohne Rücksicht auf das 600 Mill.-Volk gegenüber auf dem Festland.

Wenn gerade jetzt deutsche Kreise versuchen, das faschistische Spanien, dessen Bevölkerung keine demokratischen Freiheiten kennt, und dessen Kerkermauern noch immer politische Gefangene beherbergen, gegen die Widerstände anderer Länder in das NATO-Bündnis aufzunehmen, so erscheint dieses Bemühen nur als der sichtbare Ausdruck voraufgegangener fünfjähriger inoffizieller Fühlungnahmen, für die das "Europäische Dokumentationszentrum" den Vorwand lieferte. Nach den Wahlen wird man mit verstärkten Aktionen dieser Kräfte rechnen können, wenn die Wähler am 15. September nicht den längst fälligen Kurswechsel in eine Zukunft der Geistesfreiheit und des Fortschritts vollziehen.

Grosser Erfolg der deutschen Sozialdemokratie

Ihre Vorstellungen von Sicherheit und Frieden setzten sich durch

G. M. Wien

Der Wiener Kongress der Sozialistischen Internationale ist mehr gewesen als nur eine routinemässige Darstellung des Willens und der Politik der sozialistischen Parteien. Er zeigte die immer sichtbarer werdende Kraft der Idee des demokratischen Sozialismus. Diese Tendenz kommt auch stärker denn je in den politischen Resolutionen zum Ausdruck, die nach gründlicher Diskussion sowohl in den Kommissionen als auch in Plenum des Kongresses angenommen wurden.

Ohne Zweifel sind zwei Gründe für dieses erfreuliche Ergebnis des Kongresses entscheidend. Erstens hat sich der Versuch, nach dem zweiten Weltkrieg die Probleme mit den Mitteln der sogenannten Politik der Stärke zu lösen, als völlig untauglich erwiesen. Zweitens musste das in einem Teil der Welt vorherrschende System des Kommunismus den Rückzug antreten und sowohl materielle wie auch politische Positionen aufgeben, die es sicher in der Hand zu haben glaubte.

Diese beiden Tatbestände führen zwingend zu der Einsicht, dass weder die Politik der Stärke noch das System der kommunistischen Diktaturen in der Lage sind, die Weltprobleme einer Lösung näher zu bringen. Und daraus wiederum folgt die wachsende Einsicht, dass die ausgleichende politische Kraft nur durch den demokratischen Sozialismus geformt werden kann.

Auf dem Wiener Kongress waren sozialistische Parteien vertreten, die in ihren Ländern zur Zeit die Regierungsverantwortung mittragen oder an der Spitze der Regierungen stehen. Es waren Parteien vertreten, die in Opposition stehen und sich gerade jetzt - wie in der Bundesrepublik Deutschland und in Grossbritannien - darauf vorbereiten, an Stelle konservativer Regierungen die Verantwortung zu übernehmen. Aber auch Delegationen von sozialistischen Parteien, in deren Ländern die Diktatur herrscht, gaben dem Wiener Kongress das Gepräge. Um so beachtlicher ist es, dass in entscheidenden politischen Fragen weitgehende Übereinstimmung erzielt werden konnte. Hier zeigte sich eine Gemeinschaft des Denkens und der Wille zur Vorbereitung auf die gemeinsame

Aktion der sozialistischen Parteien der Welt.

Natürlich bedeutet dies alles nicht etwa, dass es auf diesem Kongress keine Meinungsverschiedenheiten gegeben hätte. Der englische Labour-Delegierte, Bevan, sagte einmal im Laufe der Diskussion über das Algerienproblem, er könne sich die Demokratie ohne Auseinandersetzung überhaupt nicht vorstellen. Aber die Diskussionen bewegten sich immer in der Richtung des Suchens nach der besten Methode zur Lösung eines Problems. Der Grundakkord aller dieser Diskussionen war: Friede, Freiheit, Sicherheit und soziale Gerechtigkeit.

Für die deutsche Sozialdemokratie erbrachte der Wiener Kongress die Gewissheit, dass die grosse britische Labour-Party in der Frage der Wiedervereinigung und der europäischen Sicherheit jetzt die sozialdemokratischen Vorstellungen und Vorschläge billigt. Dies kam am deutlichsten in den Referaten von Gaitskell und Ollenhauer zum Ausdruck, aber auch bei der Abstimmung über die Entschliessung zur internationalen Lage, bei der die Labour-Delegation gemeinsam mit der SPD-Delegation die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems, "das ein wiedervereinigtes freies Deutschland an kein militärisches Bündnis bindet", billigte. Auch die Schweizer Sozialisten erklärten sich mit dieser Formulierung einverstanden.

Wichtig ist auch der von der Sozialistischen Internationale in der einstimmig angenommenen Entschliessung zum Ausdruck gebrachte Grundsatz, dass Entspannung, Abrüstung und Wiedervereinigung heute unlösbar miteinander verknüpft sind, dass die deutsche Frage von Deutschland allein nicht gelöst werden kann, sondern ein "europäisches Problem erster Ordnung" ist.

Um alle mit diesem Problem im Zusammenhang stehenden Fragen im einzelnen noch weiter zu klären, beschloss der Kongress, dass der Ausschuss für Sicherheit in Kürze auf der Grundlage der Referate von Gaitskell und Ollenhauer die gemeinsame Auffassung aller sozialistischen Parteien erarbeitet.

Das ist ein Erfolg für die SPD, deren Vorstellungen zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und damit Europas, sowie der Sicherheit in Europa bald zum Gegenstand der praktischen Politik der sozialistischen Parteien werden dürften.

Der Wiener Kongress der Sozialistischen Internationale wird sicher in der ganzen Welt ein starkes Echo auslösen. Die einzelnen Sektionen der Internationale werden die Beschlüsse des Kongresses in den nächsten Wochen und Monaten diskutieren und mancher dieser Beschlüsse wird in der internationalen Politik seinen Ausdruck finden. Es wird auch Sorge dafür getragen werden, dass die Beschlüsse des Kongresses in jenen Ländern bekannt werden, in denen heute noch Diktatoren herrschen. Der internationale demokratische Sozialismus formiert sich zu gemeinsamer Aktion, die das Ziel hat, den arbeitenden Menschen in der ganzen Welt den Frieden und die Freiheit zu sichern.

6. Juli 1957

Zweimal DUD - Kehrtwendung um 180 Grad

sp- Am 27. Juni, vor der Behandlung des Atomgesetzes im Bundestag, schrieb der DUD, der offizielle Pressedienst der CDU:

"Dass das Atomgesetz noch von diesem Bundestag verabschiedet wird, ist - wie auch Atomminister Prof. Dr. Balke kürzlich dargelegt hat - eine Notwendigkeit. Eine Verzögerung der atomgesetzlichen Regelung hätte eine Verzögerung des deutschen Atomprogramms für friedliche Zwecke zur Folge, die bei dem Rückstand der Bundesrepublik auf diesem Gebiet nicht zu verantworten wäre. Die Verabschiedung des Atomgesetzes ist vor allem aus zwei Gründen vor- dringlich:

Ohne Atomgesetz gibt es keine ausreichende Rechtsgrundlage zum Erlass von Strahlenschutzvorschriften. Die Bevölkerung hat aber einen Anspruch darauf, dass diese Frage, soweit es beim heutigen Stand der Strahlenschutzforschung und Technik möglich sei, vom Gesetzgeber in absehbarer Zeit geregelt wird. Für die Verwendung radioaktiver Stoffe, die von Monat zu Monat ansteigt, können die allgemeinen Haftungsvorschriften des bürgerlichen Rechts nicht ausreichen. Es ist dringend erforderlich, hierfür möglichst bald besondere Haftungsvorschriften, wie sie der Atomgesetzentwurf ent- hält, zu schaffen. Von noch grösserer Dringlichkeit wird die For- derung nach besonderen Haftungsvorschriften, wenn man an den Be- trieb von Reaktoren denkt. Daneben sind strenge Straf- und Über- wachungsbestimmungen notwendig und auch vorgesehen.

Das Fehlen des Atomgesetzes brächte die Gefahr mit sich, dass die von der Bundesrepublik auf diesem Sektor abgeschlossenen Ver- träge nicht entsprechend erfüllt werden könnten, was - abgesehen von ethischen Momenten - für die Bundesrepublik mit empfindlichen Nachteilen verbunden wäre."

Das war in der Ausgabe des DUD vom 27. Juni zu lesen. Alle Welt weiss, was sich in den folgenden Tagen ereignete. Das so notwendige Atom- gesetz kam nicht zustande, weil es der Kanzler und einige Mächtige in der Industrie so nicht wollten. Der Kanzler und jene Teile der CDU- Fraktion, an deren Haltung die erforderliche Grundgesetzänderung schei- terte, nahmen damit in Kauf, was der DUD selbst in oben erwähnten Ar- tikel als empfindliche Nachteile für die Bundesrepublik bezeichnete. Der Artikel enthielt keinerlei Hinweise auf irgendwelche Bedenken inner- halb der CDU-Fraktion, konnte auch keine enthalten, weil es solche Be- denken an jenem Tage noch nicht gegeben hat.

Nach den angerichteten Scherbenhaufen sah sich der DUD zu einer Deutung genötigt, die es in sich hat. Es begründete den Unfall von Teilen der CDU-Fraktion mit inzwischen eingetretenen Gewissensfragen. In der Ausgabe vom 3. Juli ist zu lesen:

"Gewiss bestanden auch in den Reihen der CDU/CSU-Bundestags-

6. Juli 1957

fraktion gegen den Entwurf bestimmte politische, juristische und föderalistische Bedenken. Ein entscheidendes Ereignis aber trat erst nach der Abstimmung vom 27. Juni ein - das Bekanntwerden der sowjetischen Note an die Bundesregierung vom gleichen Tage. Sie machte klar, dass Moskau von der Bundesregierung eine "Blankoerklärung" forderte, niemals eine atomare Ausrüstung ihrer Verteidigungsstreitkräfte in Erwägung zu ziehen. Durch diese sowjetische Forderung sind die Bedenken gegen die augenblickliche Formulierung des Atomgesetzes bei einem Teil der CDU/CSU-Fraktion so gewachsen, dass sie zu einer Gewissenfrage geworden sind. Selbstverständlich treten auch diese Abgeordneten für eine friedliche Nutzung der Atomenergie ein; auch sie sind für den Strahlenschutz und wünschen die Sicherung der Allgemeinheit vor den Bestrebungen gewisser Interessentenkreise. Sie sahen aber eine Gefahr, die Verabschiedung des Gesetzes in der augenblicklichen Fassung könnte als ein unbedingter Verzicht auf Verwendung moderner Waffen im Verteidigungsfalle im Sinne der kommunistischen Forderung umgedeutet werden und die Londoner Abrüstungsverhandlungen beeinträchtigen."

Die Berufung auf das Gewissen nimmt wohl der CDU kaum jemand ab, sie dient als Tarnmantel für eine Politik, deren Grundlage Atombomben sind. Was der Kanzler mit seinem Widerstand gegen die ausschliessliche Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke erreichen will, ist inzwischen auch aller Welt klar geworden. Er will für alle Fälle den Weg für die Produktion von Atomwaffen freihalten, ein Weg, an dessen Ende der Sturz in schauerliche Abgründe steht. Alle Beteuerungen nun von Regierungsseite, dass sie

in voller Übereinstimmung mit der im Rahmen der Pariser Verträge enthaltenen feierlichen Verpflichtung die Herstellung atomarer Waffen ablehne,

eine allgemeine, kontrollierte Abrüstung und Ächtung der Massenvernichtungswaffen wünsche,

der Meinung sei, die Grossmächte sollen die Atombombenversuche für eine begrenzte Zeit einstellen,

davon überzeugt ist, dass alles getan werden muss, um eine Beeinträchtigung der friedlichen Nutzung der Atomenergie zu verhindern,

sind Schaumschlagerei, nur dazu bestimmt, der Bevölkerung drei Monate vor den Wahlen zu suggerieren, auch die Regierung betreibe eine aktive Politik der Entspannung. Ihre Versicherungen auf diesem Gebiet haben ebensoviel oder so wenig Glaubwürdigkeit wie die gelegentlichen Sonntagsreden über die Notwendigkeit der Wiedervereinigung.

Wenn schon von dem viel strapazierten Gewissen die Rede ist, schlägt dann nicht ein hohes Wort des Heiligen Vaters zu Gewissen? In dem Gebotsapostolat des Papstes für den Monat Juli ist die Bitte ent-

halten, es möge gebetet werden, "dass die Atomenergie ausschliesslich zu friedlichen Zwecken angewandt werde". Jene Gruppe von CDU-Abgeordneten, die auf Geheiss des Bundeskanzlers das Scheitern des Atomgesetzes herbeiführten, um der Bundesrepublik die Möglichkeit einer Beteiligung am Rüstungswettlauf mit atomaren Waffen zu sichern, haben kein Gewissen empfunden, als sie die Bitte des Papstes missachteten. Ein Wort des Papstes gilt den bundesrepublikanischen Atombomber-Aposteln nichts, wenn es im Widerspruch zu ihrer unheiligen und selbstmörderischen Politik steht.

* * *

Was wird aus Pankow?

sp- Welchen Wert hat Pankow in der sowjetrussischen Deutschlandpolitik? Es gab in diesen Tagen in und ausserhalb der Bundesrepublik viele Stimmen, die einen baldigen Sturz des SED-Chefs und russischen Staatsbürgers Ulbricht als Folge des Hinauswurfes der stalinistischen Garde aus dem Präsidium des Zentralkomitees der russischen kommunistischen Partei und aus ihren Ministerpräsidentenposten voraussagten. Sie argumentieren etwa so: Wenn in Moskau die letzten Stalinisten in die politische Wüste geschickt werden, dann müssen ihren Spuren auch bald die internationalen Ableger folgen. Wenn in Moskau den Stalinisten der Wind ins Gesicht bläet, dann muss sich über die noch residierenden Statthalter in den Ostblockstaaten ein Sturm zusammenbrauen, der sie hinwegfegen wird. Ulbricht als einer der deutschen Erzstalinisten könne seine Tage zählen, er sei für den Kreal wertlos und untragbar geworden, denn niemand beschäftige gern Diener, die den gestürzten Grössen von Gestern stets zu Füssen lagen.

Dieses Schema hat neben vielen anderen den recht grossen Fehler, dass es mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt, es verkennt die Rolle, die Ulbricht in der Moskauer Deutschlandpolitik zukommt. Moskau wird, unabhängig von allen inneren Erschütterungen, solange an Ulbricht festhalten, solange es glaubt, ihn nicht entbehren zu können. Für Moskau erfüllt Ulbricht und sein Anhang die Rolle eines Quislings, auf den es seine Deutschlandposition stützt. Es ist notwendig, sich daran zu erinnern, dass die Theorie von den zwei deutschen Staaten erst nach der Unterzeichnung der Pariser Verträge entstand, zu einem Zeitpunkt also, an dem sich die Bundesrepublik mit den Attributen eines "soveränen"

Staates ausstaffieren liess. Von jener Zeit an - und das war immerhin ein Jahr nach Stalins Tod - stieg der Wert Ulbrichts für Moskau, stellte es sich ganz auf den Boden des Pankower Regimes, liess es der Welt verkünden, die Wiedervereinigung Deutschlands sei eine Angelegenheit zwischen Bonn und Pankow. Jeder Schritt, den Bonn in der Richtung der Verabsolidierung des Provisoriums machte, fand entsprechende Parallelen in Pankow, gewiss auch von sich heraus, aber doch dazu gedrängt und gestossen von Moskau. In dem grossen Spiel um Deutschland ist für die Sowjetunion Pankow die Trumpfkarte. Sie wird sie nicht aus der Hand legen und Ulbricht fallen lassen, wenn nicht gleichzeitig auch der Westen bereit ist, seine Deutschlandpolitik zu ändern.

Aber warum sollte er es auch? Von einer Regierung Adenauer sind in dieser Richtung keine belebenden und kraftvollen Impulse zu erwarten. Ihre Energien konzentrieren sich auf die Ausstattung der Bundeswehr mit atomaren Waffen ohne Rücksicht darauf, dass durch eine solche Grundhaltung die Sowjetunion noch mehr dazu veranlasst wird, an Pankow festzuhalten. Solange kann und wird Ulbricht im Spiel bleiben und Chruschtschow ihn nicht fallen lassen. Bonn und Pankow als Sinnbilder der deutschen Spaltung bedingen sich gegenseitig, die Stärkung des einen bedeutet auch die Stärkung des anderen.

Ulbrichts Tage sind erst dann gezählt, wenn der Westen und der Osten sich von der sterilen Vorstellung befreit haben werden, ein wiedervereinigtes Deutschland könne oder müsse einem der bestehenden Paktsysteme angehören. Die internationale Deutschlanddiskussion trägt hier wesentlich positivere Elemente, wie auch der Verlauf des Wiener Kongresses der Sozialistischen Internationale gezeigt hat, als die offizielle Deutschlandpolitik der Regierungen. Und noch ein anderes: Von Moskau und dem Adenauerschen Bonn drohen Pankow keine Gefahren, denn beide haben sich, wenn auch aus ganz anderen Gründen, wohl mit der Existenz Pankows abgefunden. Mehr Gefahr droht Herrn Ulbricht vom 15. September. Sollte sich an diesem Tage eine Mehrheit der bundesrepublikanischen Wähler für eine aktive, von überlebten Vorstellungen befreite, die neuen Möglichkeiten kühn erfassende, auf die Sicherheit ganz Deutschland und Europas bedachte neue deutsche Aussenpolitik entscheiden, dann wären damit die Wurzeln der Pankower Existenz angeschlagen. Das weiss auch Herr Ulbricht. In dieser Hinsicht stimmt er mit allen hinter Adenauer stehenden Kräften überein, eine Wende der deutschen Politik zu verhindern. Diese Wende kann und wird freilich nie unter Adenauer erfolgen. * * * - - - Verantwortlich: i.V. Albert Exler